

**Dr. Karl-Wilhelm Hirsch**

als Vorsitzender des Ortsverbandes Würselen der FDP

**Dieter Alt**

als Stadtverordneter der FDP im Rat der Stadt Würselen

Würselen, den 20.06.2002

## **Haldenpolitik in Würselen ohne Konzept und Muße**

Schon wieder Zeitdruck, schon wieder wird in Würselen eine politische Entscheidung ohne Muße und Konzept getroffen. Die Zeitungen berichten, dass der Beschluss zur Umgestaltung der Halden im Zentrum Würselsens zwischen Kreuzstraße und Kaiserstraße in eine Parkanlage bis zum 30.6.2002 getroffen sein muss, um Fördermittel des Landes termingerecht zu beantragen. Also rein in den Ausschuss, Augen zu und durch. Die Mehrheit stellt mal wieder einen politischen Blanko-Scheck aus.

Wir haben in der Sache nichts dagegen. Die FDP hat seit dem Wahlprogramm von 1985 genau das gefordert mit Abenteuerspielplatz natürlich. Damals hörten wir das Gegenargument von der regierenden SPD, dies sei alles zu gefährlich, weil die Halden nicht stabil seien, Einbruchgefahr. Schön, dass dieses Argument nicht mehr ausschlaggebend ist, aber war es damals denn nur aus der Luft gegriffen? Also nur rein politisches Kalkül, Wahlkampfaktik? Damals war Herr Cramer Stadtdirektor; er war in der Sache immer ein Partner aller Parteien. Deshalb glauben wir, das Argument war nicht aus der Luft gegriffen.

Wir können uns immer noch einen Abenteuerspielplatz dort vorstellen und vielleicht noch einiges mehr, um Würselen auch im Zentrum kinderfreundlicher zu gestalten. Aber bis zum 30. Juni kann selbst die Rats-FDP diese Ideen nicht entwickeln.

Die Antwort auf diese Kritik kennen wir schon; es wird es wieder heißen: Kein Problem, die Detail-Planung machen wir später, Hauptsache wir kriegen den Zuschuss. Das war und ist so bei der Euregiobahn, beim Umbau der Kaiserstraße, bei der Verkehrsführung Markt und beim Umbau der Oppener Straße usw. Politisches Stückwerk ohne Konzept, ohne Ziel.

Wir haben diese Art, Politik zu machen, noch in der letzten Haushaltsrede heftig kritisiert. Diese Art ist bürgerunfreundlich, um nicht zu sagen bürgerfeindlich. Ob man sie noch verantwortlich und demokratisch nennen kann, überlassen wir dem Leser.